

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Vorkosten. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10zeilige, Kolonelle 35 Pfg., bei Plakatdrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 Pfg. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Pfg. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10zeilige, Kolonelle 40 Pfg. bei Plakatdrift, 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postanstalten entgegen

Volksentscheid gegen Flottenrüstung!

Forderungen der sozialdemokratischen Parteimitglieder von Leipzig

Eine von etwa 1500 Genossinnen und Genossen der SPD Groß-Leipzigs besuchte Mitgliederversammlung nahm am 22. August die nachstehende Entschließung einstimmig an:

Die Mitgliederversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig nimmt mit Entrüstung von dem Beschlusse des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion Kenntnis. Sie verurteilt, daß beide Körperschaften sich damit begnügt haben, über die Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau nur ihr Bedauern auszusprechen, statt diese Haltung aufs schärfste zu mißbilligen und die vier Genossen zum sofortigen Austritt aus der Regierung aufzufordern.

Die Versammelten sind der Auffassung, daß die Zustimmung zur militärischen Aufrüstung mit den Grundsätzen der Partei und mit den Beschlüssen des Internationalen Sozialistenkongresses in Brüssel unvereinbar ist.

Sie erklären die Stellungnahme der vier Genossen als parteischädigend, umso mehr, als sie ohne jede Zustimmung mit der Partei erfolgte. Damit haben die sozialdemokratischen Minister das Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratischen Partei schwer erschüttert und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einen schweren Schlag versetzt.

Die vier sozialdemokratischen Minister haben aus diesen Gründen nicht mehr das Vertrauen der Leipziger Parteigenossenschaft.

Die Demokratie in der Partei erfordert die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages.

Die Leipziger Parteimitglieder verlangen weiterhin von der Leitung der Partei, daß sie sich mit allen Kräften für eine Volksentscheidungsbewegung gegen Flottenausrüstung einsetzt.

Der Druck von unten

Das ist das Erfreuliche an dieser Bewegung, die ungeschwächt die Parteigenossenschaft in Sachsen und darüber hinaus in weiten Teilen des Reiches im Banne hält, daß sie sich nicht einfach durch einen Beschluß der obersten Parteileitung wegkommandieren läßt. Die Funktionäre und die Parteimitglieder nehmen den Beschluß zur Kenntnis, aber sie finden sich nicht mit ihm ab. Es ist ihr Wille, daß das Unverständliche, was die Minister getan haben, irgendwie durch eine Aktion der parlamentarischen Vertretung der Partei rückgängig gemacht wird und daß darüber hinaus Vorkehrungen getroffen werden, die verhindern, daß der Partei künftig ähnliche schwere Schädigungen zugefügt werden. Schädigungen, die so schwer sind, daß selbst Hermann Müller in der letzten gemeinsamen Sitzung des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion davon sprach, daß die Sozialdemokratie jetzt bei einer Reichstagswahl höchstens 90 Mandate erhalten würde. Eine so gewaltige Machteinbuße schreibt Hermann Müller seiner eigenen Handlung zu und rät aus diesem Grunde davon ab, jetzt eine Regierungskrise herbeizuführen, die so ungünstige Reichstagswahlen für die Partei zur Folge haben würde. Dieser Rat war natürlich wieder falsch, denn nicht die Entscheidung dieser schweren Schädigung, sondern ihre Wiedergutmachung kann allein die Wiedererstarke der Partei auslösen.

Darum fordern die Parteigenossen in ihren Beschlüssen immer wieder den Rücktritt der Minister, darum fordern sie die Einberufung eines Parteitages, damit die wichtigsten Entscheidungen von der Gesamtpartei gefällt werden können. Nachdem der Bezirksvorstand und die Funktionäre von Leipzig gesprochen haben, hat nunmehr auch eine Rieserversammlung der sozialdemokratischen Parteimitglieder Stellung genommen. Die obenstehende Entschließung ist klar und eindeutig. Ihr Hauptwert liegt darin, daß sie versucht, den mächtig emporendernden Willen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für eine politische Aktion einzuleiten, mit der die Partei den schweren Verlust ihrer Minister wieder gutmachen und das Vertrauen der Massen zurückerobert kann. Darum das Verlangen an die Parteileitung, daß sie sich mit allen Kräften für den Erfolg einer Volksentscheidungsbewegung gegen Flottenausrüstungen einsetzt. Daß die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion, falls der kommunistische Antrag über die Streichung der ersten Rate im Etat 1928 zur Zustimmung kommt, für diesen Antrag stimmt, halten die Parteimitglieder für selbstverständlich.

Der Volksentscheid, der im Werden ist, wendet sich nicht gegen diese Panzerkreuzerräte. Er ist gegen Panzerschiff- und Kreuzerbau überhaupt gerichtet. Es ist kaum anzunehmen, daß er in dieser Form etwa — die Kommunisten haben ihren Antrag bekanntlich abgeändert — wegen verfassungsrechtlicher Bedenken zurückgewiesen werden kann. Was aber sollte die Sozialdemokratische Partei und ihre Arbeiter denn abhalten, nicht für diesen Volksentscheid einzutreten? Etwa, daß die Kommunisten ihn zuerst angezogen haben? Oder weil zu befürchten ist, daß sie ähnlich wie in der Fürstentetznungskampagne auch in diesem Kampfe eine Waffe

gegen die Sozialdemokratie entfalten werden? Nein, das hat unsere Partei im Fürsten-Volksentscheid nicht gehindert, wochenlang unter Aufbietung aller Kräfte dafür zu arbeiten, diese Aktion zum Siege zu führen.

Schwerer wiegt, daß uns die Volksentscheidungsbewegung die Gelegenheit gibt, für den Kampf gegen den Militarismus die breiten Volksmassen zu interessieren. Und der Kampf gegen ihn ist noch ebenso ein Bestandteil unseres Programms, wie die Forderung nach internationaler Abrüstung. Sage niemand, daß wir das in Deutschland nicht mehr nötig hätten, daß es hier den Militarismus, den die Sozialdemokratie von jeher bekämpft hat, nicht mehr gäbe und daß hier nichts mehr abzurufen sei. Es ist da auch in der deutschen Republik noch vieles, gar zu vieles zu tun, und die Forderung der internationalen Abrüstung verpflichtet die deutsche Sozialdemokratie, alles, aber auch alles zu tun, um in ihrem Lande zumindestens keine Aufrüstung zu ermöglichen.

Der Leipziger Beschluß zeigt der Partei den Weg, auf dem sie den schweren Schaden, den ihr die Minister zugefügt haben, wiedergutmachen kann. Sie mag ihn beschreiten.

Gescheiterter Generalstreik in Lettland

Blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei

SPD Riga, 22. August.
In Riga kam es am Mittwoch zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitern, in deren Verlauf die Beamten sich der Waffe bedienten. Die Zahl der Leicht- und Schwerverletzten ist außergewöhnlich hoch.

SPD Riga, 23. August (Radio).

Die am Mittwoch in Riga zu verzeichnenden Zusammenstöße zwischen Arbeitern und der Polizei ergaben sich im Verlauf einer Protestdemonstration gegen die Auflösung der linken Gewerkschaften. Diese Organisationen hatten in den letzten Tagen beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren. Den Auftakt dazu bildete die gestrige Demonstration. Etwa 400 Personen wurden verhaftet, später aber zum größten Teil wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Zahl der Verwundeten ist nicht bestimmt zu erfahren, da sich ein Teil der verletzten Personen von sich aus in ärztliche Behandlung begeben hat.

Die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften haben sowohl den Generalstreik wie die gestrige Demonstration auf das entschiedenste bekämpft. Die Folge war, daß nur ein ganz geringer Teil der Rigaer Arbeiterschaft den Parolen der linken Gewerkschaften Folge leistete.

Borodin in Charbin verhaftet?

Im London, 23. August.
Nach einem in Tokio eingegangenen Bericht aus Charbin hat die chinesische Geheimpolizei einen russischen Agitator verhaftet. Die Polizei nimmt an, daß es sich um Borodin, den früheren Ratgeber der chinesischen Nationalisten, handelt.

KPD und Gewerkschaften

Nach den Verbandstagen

Aus den Spalten des sozialdemokratischen Karlsruher Volksfreund klang es in den Kongressaal der Metallarbeiter: „Kein Verhandeln, kein Kompromisseln“ mit den Kommunisten, „nur schärfster, rücksichtsloser Kampf“. „Der Brutalität dieser Gesellschaft gegenüber kann sich nur e i g e n e B r u t a l i t ä t durchsetzen.“ Andererseits forderten „21 aus politischen Gründen ausgeschlossene (kommunistische) Kollegen“ in einer Denkschrift an die Delegierten des Verbandstages: „In einer proletarischen Organisation muß Platz sein für politische Meinungsfreiheit über die Fragen der Politik und Taktik des Gewerkschaftskampfes.“

Es gibt in den Gewerkschaften viele Kollegen, die geneigt sind, nach dem Rezept des Karlsruher Volksfreund zu verfahren. Wir halten dieses Rezept für ein Eisenhart-Rezept und vertreten den Neigungen gegenüber, das Rezept anzuwenden, die Forderung nach Meinungsfreiheit. Ob freilich die Kommunisten das Recht haben, als Hüter der Meinungsfreiheit in den Gewerkschaften aufzutreten, kann kaum noch strittig sein. Meinungsfreiheit ist innerhalb einer Organisation nur möglich im Rahmen des Organisationsinteresses. Selbst wenn man diesen Rahmen sehr weit spannt, paßt es in ihn nicht hinein, daß Organisationsangehörige verpflichtet sein sollen, bei ihrer Betätigung in der Organisation (in den Gewerkschaften) unbedingt die Anweisungen einer fremden Organisation (der KPD) zu erfüllen. Wie weit nun der Zwang der KPD gegenüber ihren Mitgliedern bei deren gewerkschaftlicher Tätigkeit geht, konnte eben erst wieder die Bergarbeiterzeitung (Nr. 34) dartun durch die Veröffentlichung des folgenden Briefes:

Bezirksleitung Ruhrgebiet. Essen, den 6. 8. 1928.
Org.-Abtlg.

Herrn August Ernst, Katernberg, Severnarstr. 17.
Wir teilen Dir hierdurch mit, daß Du auf Antrag der Ortsgruppenleitung unserer Partei Katernberg wegen schweren Disziplinbruchs und Parteischädigung aus der Partei ausgeschlossen bist.

Begründung:

Du hast in einer Funktionärssitzung des B. A. B. (Bergarbeiterverbandes) am 28. 7. 1928 gegen einen von der Partei vorgeschlagenen Kandidaten Stellung genommen und die Partei der Sozialdemokratie denunziert. In einer anderen ähnlichen Versammlung hast Du gleichfalls gegen einen Parteigenossen Stellung genommen und bist offen für einen Sozialdemokraten eingetreten.

Diese Deine Haltung bedeutet einen offenen Parteiverrat und Parteiverrat haben in der kommunistischen Partei keinen Platz.

Gegen diesen Entschluß der Bezirksleitung kannst Du nach dem Organisationsstatut der Partei innerhalb 14 Tagen bei der zentralen Beschwerdekommmission Beschwerde einlegen.

Hochachtungsvoll!
Kom. Partei Deutschlands, Bez. Ruhrgebiet, Org.-Abtlg.

Es ist verständlich, daß man in den Gewerkschaften, wo man den kommunistischen Parteizwang gegenüber den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern seit langem kennt, argwöhnisch ist gegenüber dem, was die Kommunisten Meinungsfreiheit nennen. In Wahrheit ist ja auch der Zwang, die Parteimeinung unter allen Umständen zu vertreten, das Gegenteil von Meinungsfreiheit. Es kommt hinzu, daß bei so scharfer Bindung der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder hinter deren Kritik an der Tätigkeit und den Richtlinien der Gewerkschaften immer der Parteibefehl vermetet werden muß (oft auch nachgewiesen werden kann!), womit wiederum diese Kritik nicht als Ausdruck eigener Meinung angesehen werden kann, die ein Unrecht auf Geltung im Rahmen der Meinungsfreiheit hätte. So erweist sich denn eigentlich, daß die Tendenz zur Beschränkung der Meinungsfreiheit in den Gewerkschaften in enger Verbindung steht mit der Aufhebung der Meinungsfreiheit innerhalb der KPD.

Die Rote Fahne riskiert etwas viel, wenn sie (am 21. August) behauptet, „aus der Stimme der Opposition“ (natürlich der kommunistischen) auf dem Metallarbeiterverbandstag habe „der Wille der vorwärtsdrängenden Metallarbeiter“ gesprochen. Es ist kaum zu bestreiten, daß viel weniger die vorwärtsdrängenden Metallarbeiter „aus der Stimme der Opposition“ sprechen, als der Parteibefehl und das spezielle Agitationsbedürfnis der KPD. Es ist eine Annahme, wenn die Rote Fahne behauptet, daß die Opposition, „die geistigen Kräfte des Verbandstages“ bestritten, daß nur sie „dem Verbandstag den Charakter einer ersten Arbeitertagung gegeben“ habe. „Selbstzufriedene Kleinbürger, die die Ruhe lieben“, wie sie die Gewerkschafts-„reformisten“ sein sollen, hätten sich nach der Behauptung der Roten Fahne in Karlsruhe ohne den kommunistischen Stachel „mit reichlicher Selbstbemehräufderung und Selbstlob über imaginäre Erfolge begnügt“.

Die aus solchen Behauptungen sprechende kommunistische Art ist eine weitere Gefahr für die Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit in den Gewerkschaften. Die kommunistische Kritik ist sehr häufig so eggedent, daß man es schließlich